

MODERNE STRASSEN STATT MAUTOBAHN

Die geplante Pkw-Maut der Großen Koalition ist wirkungslos, ineffizient und ungerecht – so urteilen die meisten Fachleute. Zudem verstößt sie durch die Ungleichbehandlung einheimischer und ausländischer Autofahrerinnen und Autofahrer gegen europäisches Recht. Zu diesem Schluss kommt die Europäische Kommission und hat Deutschland nun vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt. Die Aussichten der Bundesregierung dieses Verfahren zu gewinnen, sind äußerst gering. Die Lösung für gute Straßen liegt dabei klar auf der Hand: Die Steuern und Abgaben, die die Verkehrsteilnehmer heute schon aufbringen, müssen nur stärker für Straßen und Brücken in Deutschland verwendet werden.

Deutsche Autofahrerinnen und Autofahrer müssen im Ausland doch auch zahlen. Ist eine Maut dann nicht gerecht?

Das Argument greift zu kurz. Denn Infrastruktur wird meist unterschiedlich finanziert. In Deutschland werden Straßen und Brücken aus dem Steuerhaushalt bezahlt. Das heißt dann aber auch: Jeder ausländische Autofahrer zahlt bei jedem Einkauf, bei jeder Übernachtung und jeder Tankfüllung in Deutschland Steuern und beteiligt sich damit anteilig an der Finanzierung von Straßen und Brücken.

Was bedeutet die Maut für deutsche Autofahrerinnen und Autofahrer?

Es wird teuer, wenn an diesem Projekt festgehalten wird. Denn der Plan, die zusätzliche Belastung deutscher Autofahrerinnen und Autofahrer durch die Maut mit der Kfz-Steuer zu verrechnen, ist der Grund für die Klage der Europäischen Kommission. Ihre Vorschläge an Deutschland, wie inländische Autofahrer stattdessen europarechtskonform entlastet werden könnten, hat die Bundesregierung in den Wind geschlagen. Sollte der Europäische Gerichtshof wie erwartet urteilen, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die jetzt geplante Maut aufzugeben oder eine Maut für alle ohne Ausnahmen und Ausgleich einzuführen. Deutsche Autofahrerinnen und Autofahrer müssten dann allerdings die Maut zusätzlich zahlen. Aus dem Plan, eine Ausländermaut zu schaffen, würde in der Realität eine Inländermaut werden.

Was kostet überhaupt die Einführung einer Maut in Deutschland?

Allein der bürokratische Aufwand zur Erhebung der Maut verschlingt etwa 30 Prozent der voraussichtlichen Einnahmen. Die Pkw-Maut wäre damit die ineffizienteste Steuer in Deutschland. Die Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur wird dadurch nicht behoben. Die Maut verursacht neue Bürokratie für Bürger und Behörden und bringt fast keine Einnahmen. Aber die deutschen Autofahrer werden in den kommenden Jahren mit Sicherheit stärker zur Kasse gebeten.

Was bedeutet die Pkw-Maut für den Datenschutz?

Der angeblich hohe Datenschutz bei der geplanten Maut ist Augenwischerei. Das Mautgesetz bietet keinen hinreichenden Datenschutz und verhindert Datenmissbrauch nicht wirksam. Der ehemalige Bundeskriminalamt-Chef Jörg Ziercke meldete bereits Begehrlichkeiten an den Daten an. Schließlich können daraus vollständige Bewegungsprofile angefertigt werden. Weitere staatliche Stellen werden nicht lange auf sich warten lassen.

Woher soll das Geld für Straßen und Brücken kommen?

Die Frage ist nicht, ob Deutschland aus verkehrsbezogenen Steuern und Gebühren genügend Geld für gute Straßen und Brücken einnimmt, sondern wofür das Geld eigentlich ausgegeben wird. Knapp 17 Prozent der Staatseinnahmen kommen im Jahr 2016 aus verkehrsbezogenen Steuern wie Mineralölsteuer oder Kfz-Steuer. Im Gegenzug wurden jedoch nicht einmal drei Prozent der Staatsausgaben für Straßen und Brücken verwendet. Anstatt mit dem Geld der Autofahrerinnen und Autofahrer teure Wahlgeschenke wie die Rente mit 63 zu bezahlen, sollte es stärker für Straßen und Brücken in Deutschland genutzt werden.

Für uns Freie Demokraten ist deshalb klar:

Die PKW-Maut der Bundesregierung ist überflüssig und zudem europarechtswidrig. Statt die Autofahrerinnen und Autofahrer immer weiter zu schröpfen, sollten die bereits bestehenden Einnahmen aus dem Verkehr besser für Straßen und Brücken genutzt werden. Das Geld dafür ist da, wenn es nicht für teure Wahlgeschenke verpulvert wird. Oder für sinnlose Gerichtsverfahren mit dem Europäischen Gerichtshof. Denn das Maut-Desaster wird Deutschland in jahrelange Gerichtsverfahren verwickeln. Bevor das passiert, sollte die Bundesregierung einsehen, dass dieses Projekt von vornherein gescheitert war.

Mehr Informationen finden Sie auf fdp.de/denkenwirneu

DENKEN WIR NEU.